

Eurokrise: Fast nur schlechte Nachrichten

Description

Zuerst die gute Nachricht von der europäischen Schuldenfront: Die Ratingagentur Fitch sieht Frankreichs Top-Bonität entgegen gegen Ende 2011 aufkommenden Befürchtungen für 2012 nicht in Gefahr. Fitch ist von der Kapitalseite her französisch dominiert.

Und jetzt nur noch schlechte Nachrichten:

Fitch hatte im Dezember sechs Länder der Eurozone, darunter Italien und Spanien, unter Beobachtung gestellt und überprüft derzeit deren Ratings. Die Ergebnisse sollen zum Monatsende bekannt gegeben werden. Hinsichtlich Italien und Spanien könnte es zu einer Herabstufung der Kreditwürdigkeit um ein bis zwei Stufen kommen. Italien berge gegenwärtig erhebliche Risiken und sei das Land mit dem größten Potenzial hinsichtlich einer Destabilisierung der Eurozone, sagte David Riley, bei Fitch für die Bewertung von Staatsanleihen zuständig. Er bemängelt, dass angesichts der Eurozonen-Schuldenkrise ein „Brandschutzwall“ für Italien fehlt. Bei Griechenland sei im übrigen sogar ein Haircut von 60% nicht genug, um eine nachhaltige, tragfähige Reduktion der Schulden zu erreichen.

Ungünstiges Timing: Am morgigen Donnerstag wollen Italien und Spanien neue Schuldscheine verkaufen. Italien will Geldmarktpapiere im Wert von zwölf Mrd. Euro an den Markt bringen. Spanien will ein neues Papier mit dreieinhalbjähriger Laufzeit anbieten und das Volumen von zwei weiteren Anleihen vergrößern. Italien bietet bereits einen Tag später weitere Bonds an, die bis zu sieben Mrd. Euro einspielen sollen. Im Februar laufen italienische Anleihen im Wert von mehr als 50 Mrd. Euro aus, [in den nächsten zwei Jahren müssen 400 Mrd. Euro an Staatsschulden refinanziert werden](#).



Auch aus Griechenland kommen schlechte Nachrichten (was sonst?). Vor einigen Tagen war bereits bekannt geworden, dass [der IWF daran zweifelt, dass der Troika-Plan zur Rettung Griechenlands noch funktionieren kann](#). Er sagt jetzt einen Fall des BIP um 6% in 2012 voraus, das ist das Doppelte des vorherigen Forecast. Daraus folgt, dass Griechenland entweder mehr sparen, ein größerer Haircut erfolgen oder mehr Rettungs-Geld spendiert werden muss.

Als aktuelle zusätzliche Sparmaßnahme hat die griechische Regierung beschlossen, das 14. Monatsgehalt im privaten Sektor zu schleifen. Das soll in einem einfachen Gesetzgebungsverfahren geschehen, eine Abstimmung mit der Tarifpartnern sei nicht erforderlich, heißt es.

[Eurointelligence](#) berichtet heute unter Berufung auf informierte Personen, der Umfang des Forderungsverzichts privater Gläubiger gegenüber Griechenland wird bis Anfang nächster Woche ausgehandelt sein, aber nicht mehr unbedingt auf gänzlich freiwilliger Basis ablaufen. Die Einigung beinhaltet zwar wie gehabt eine Reduzierung des Nominalwerts der ausstehenden griechischen Staatsanleihen um 50%, allerdings seien sowohl Griechenland als auch die EU bereit, das Prinzip der

Freiwilligkeit teilweise zu opfern. Das Ziel ist, eine kritische Masse an Gläubigern zu bekommen, die freiwillig zustimmen und den Rest dazu zu zwingen, heißt es. Das griechische Parlament könnte hierzu rückwirkende, für alle Investoren verbindliche Klauseln, sogenannte „collective action clauses“, einführen (siehe auch [hier!](#)).

Das Pikante daran ist, dass dies die EZB möglicherweise zwingt, am Haircut teilzunehmen. Das war auf dem EU-Krisengipfel von Ende Oktober nicht vorgesehen. Damals war neben einem neuen Kreditprogramm für Athen im Umfang von 130 Mrd. Euro ein Schuldenschnitt von 50% beschlossen worden, der privat gehaltene griechische Staatsanleihen im Wert von rund 210 Mrd. Euro betrifft. Wegen der Modalitäten beim Anleihtausch wird die hieraus resultierende Entlastung von Griechenland bisher auf effektiv nur etwa 50 Mrd. Euro geschätzt.

Nach Angaben eines EU-Mitarbeiters übersteigt der Finanzbedarf Griechenlands inzwischen den im Herbst 2011 ausgehandelten Betrag von 130 Mrd. Euro. Die Bedingungen hätten sich seit Okt deutlich verschlechtert, heißt es. Damit werden Berichte bestätigt, die bereits vor einigen Tagen die Runde machten.



Die Credit Management Association sieht die Wahrscheinlichkeit einer Griechenland-Pleite bei 93,8%. Der Forschungsdienst "Economist Intelligence Unit" taxiert für Griechenland in 2012 ein weiteres Schrumpfen der Wirtschaft um sieben Prozent.

Die portugiesische Zentralbank geht davon aus, dass es zwischen 2011 und 2013 in dem Land eine Rezession herrscht, in 2012 soll das BIP um 3,1% schrumpfen. Zusätzlich zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen würden wohl neue Spar-Aktionen nötig sein, heißt es. Die Notenbank prognostiziert für 2012 einen Rückgang des Privatkonsums um 6%. Die neuen Vorhersagen der Zentralbank sind pessimistischer als die der Regierung in Lissabon sowie der „Troika“. Diese waren von einer Rezession von 3% in 2012 und einer Expansion der Wirtschaft um 0,7% in 2013 ausgegangen (haha!).

Wolfgang Münchau sagt in seiner FT-Kolumne, die negativen Zinsen, die bei der jüngsten Auktion für deutsche Bonds erzielt wurden (der deutsche Staat verdient daran etwa 240.000 Euro), seien ein Zeichen, dass die EZB-Liquiditätspolitik nicht wie beabsichtigt funktioniert. Das meiste Geld des [LTRO vor Weihnachten](#) sei gleich zur EZB zurückgekehrt, bzw. werde in Deutschland angelegt, nicht aber in Bonds z.B. der Südstaaten.

Willem Buiter sieht die Wahrscheinlichkeit eines Aufbruchs der Eurozone bei 25%, er erwartet auch eine lange Rezession in Europa.



Der Euro fällt gegen Dollar wieder auf 1,27 zurück, nachdem er zwei Tage versucht hatte, sich aufzurappeln.